Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2356
der Abgeordneten Barbara Richstein
Fraktion der CDU
Landtagsdrucksache 4/6180

Bilanz des Standarderprobungsgesetzes in Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 2356 vom 16.04.2008 :

Mit dem Gesetz zur Erprobung der Abweichung von landesrechtlichen Standards in den Kommunen des Landes Brandenburg (BbgStEG) wird seit dem 1. August 2006 die Möglichkeit eröffnet, neue Maßnahmen beim Bürokratieabbau zu testen. Dabei werden auf Antrag von Kommunen über einen begrenzten Zeitraum Rechtsvorschriften modifiziert angewendet, um zu erproben, ob damit Verwaltungsverfahren beschleunigt und die Kosten für Unternehmen, Bürger und Verwaltung gesenkt werden können.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Anträge wurden auf der Grundlage des „Gesetzes zur Erprobung der Abweichung von landesrechtlichen Standards in den Kommunen des Landes Brandenburg“ seit dem 01. August 2006 gestellt ? (Bitte tabellarische Darstellung nach Zeitpunkt, Antragsteller und Ziel des Antrags)
2. Wie viele Anträge wurden genehmigt, wie viele Anträge wurden abgelehnt und welche Anträge befinden sich derzeit in Bearbeitung?
3. Welche Begründungen gab es für die bisher abgelehnten Anträge ? (Bitte separate Darstellung und Kurzbeschreibung)
4. Wie lange beträgt die durchschnittliche Bearbeitungsdauer vom Einreichen der Anträge bis zur Entscheidung ?
5. Wie beurteilt die Landesregierung die Erfolgchancen der bisher genehmigten Anträge hinsichtlich einer dauerhaften und landesweiten Übernahme ?
6. Wie beurteilt die Landesregierung den bisherigen Erfolg des Standarderprobungsgesetzes hinsichtlich der Verringerung von Normen und Standards ?

Datum des Eingangs: 16.05.2008 / Ausgegeben: 21.05.2008

Namens der Landesregierung beantwortet der Chef der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche Anträge wurden auf der Grundlage des „Gesetzes zur Erprobung der Abweichung von landesrechtlichen Standards in den Kommunen des Landes Brandenburg“ seit dem 01. August 2006 gestellt ? (Bitte tabellarische Darstellung nach Zeitpunkt, Antragsteller und Ziel des Antrags)

Zu Frage 1:

Die erbetene Darstellung zu den Anträgen nach dem Standarderprobungsgesetz des Landes Brandenburg ist als Anlage beigefügt.

Frage 2:

Wie viele Anträge wurden genehmigt, wie viele Anträge wurden abgelehnt und welche Anträge befinden sich derzeit in Bearbeitung?

Zu Frage 2:

Von insgesamt 111 Anträgen wurden bislang 52 genehmigt oder sogleich landesweit umgesetzt. 19 Anträge wurden zurückgezogen oder haben sich anderweitig erledigt. 32 Anträge wurden abgelehnt und 8 Anträge befinden sich in der Bearbeitung.

Frage 3:

Welche Begründungen gab es für die bisher abgelehnten Anträge ? (Bitte separate Darstellung und Kurzbeschreibung)

Zu Frage 3:

Die Ablehnungsgründe sind in der Antwort zu Frage 1 enthalten.

Frage 4:

Wie lange beträgt die durchschnittliche Bearbeitungsdauer vom Einreichen der Anträge bis zur Entscheidung ?

Zu Frage 4:

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer vom Einreichen der Anträge bis zur Entscheidung beträgt rund 5 ½ Monate. Dabei ist zu berücksichtigen, dass erst mit der Novelle des Standarderprobungsgesetzes über die Anträge auf Zuständigkeitsverlagerungen entschieden werden konnte. Zudem wurden in zahlreichen Fällen nach zeitintensiver Beratung durch die Fachressorts unter Beteiligung der Staatskanzlei Anträge modifiziert und damit die Genehmigungsfähigkeit herbeigeführt.

Frage 5 :

Wie beurteilt die Landesregierung die Erfolgchancen der bisher genehmigten Anträge hinsichtlich einer dauerhaften und landesweiten Übernahme ?

Zu Frage 5:

Für einige, thematisch gleichartige Anträge wurde bereits eine landesweite Umsetzung vorgenommen (s. Darstellung zu Frage 1). Im Übrigen ist eine generalisierende Aussage über das Ergebnis der insgesamt sehr unterschiedlichen Erprobungsgegenstände zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Die Landes-

regierung lässt die Erprobungen wissenschaftlich begleiten, um auf einer fundierten Grundlage die Entscheidung über eine landesweite Anwendung treffen zu können.

Frage 6:

Wie beurteilt die Landesregierung den bisherigen Erfolg des Standarderprobungsgesetzes hinsichtlich der Verringerung von Normen und Standards ?

Zu Frage 6:

Nach Auffassung der Landesregierung bestätigt die Anzahl und die Themenbreite der Anträge, dass das Standarderprobungsgesetz und die dadurch mögliche testweise Abweichung vom bestehenden Landesrecht ein erfolgreicher Weg ist, neue Maßnahmen zum Bürokratieabbau zu erproben. Jedoch kann erst nach Ablauf der Erprobungen abschließend bewertet werden, in welchem Umfang landesweit Normen und Standards reduziert werden.

Übersicht über die bisher gestellten Anträge nach dem Standarderprobungsgesetz

lfd. Nr.	Antragsteller	Zuständigkeit	Antragsgegenstand	Verfahrensstand	Datum des Einganges/Antrages	Begründung zu den nicht genehmigten Anträgen
1	Landkreis Havelland	MASGF	Durchführung kinderärztlicher Reihenuntersuchungen durch die Havelland Kliniken GmbH	Genehmigung	11.10.2006	
2	Landkreis Havelland	MASGF	Durchführung der Erstuntersuchung durch die Havelland Kliniken GmbH	Genehmigung	13.10.2006	
3	Stadt Potsdam	MASGF	Potsdam pro Gesundheit - Erprobung von vertraglichem Leistungsvereinbarungen	Antrag ist gegenstandslos	24.04.2007	Das Ziel des Antrages kann bereits nach bestehendem Recht umgesetzt werden.
4	Landkreis Havelland	MASGF	Festsetzung von Aufbewahrungsfristen von Unterlagen der ehe. Polikliniken	Antrag wurde zurückgezogen	03.07.2007	
5	Stadt Zossen	MBSJ	Schulträger als stimmberechtigtes Mitglied der Schulkonferenz	Genehmigung	19.12.2006	
6	Stadt Zossen	MBSJ	Entscheidung des abgebenden Schulträgers über vereinfachten Schulwechsel	Genehmigung	19.12.2006	
7	Stadt Zossen	MBSJ	Festlegung des Schulträgers über Kapazität und somit die Zügigkeit einer Schule	Ablehnung	19.12.2006	Die Zuständigkeitsverlagerung über die Kapazität und Zügigkeit einer Schule vom staatlichen Schulamt auf den Schulträger ist durch Genehmigung eines Versuches nicht möglich. Es bedürfte einer konkreten gesetzlichen Ermächtigung (vergleichbare Regelung zum Straßenverkehrsrecht).
8	Gemeinde Kloster Lehnin	MBSJ	Schulträger als stimmberechtigtes Mitglied der Schulkonferenz	Genehmigung	22.12.2006	
9	Stadt Falkensee	MBSJ	Entscheidung des aufnehmenden Schulträgers über vereinfachten Schulwechsel im Grundschulbereich	Genehmigung	18.01.2007	
10	Amt Schlieben	MBSJ	Herabsetzung der Klassenfrequenz in der Sek I an Oberschulen im ländlichen Raum	Ablehnung	29.01.2007	Die Zuständigkeitsverlagerung über die Herabsetzung der Klassenfrequenz in der Sek I an Oberschulen im ländlichen Raum ist durch Genehmigung eines Versuches nicht möglich. Es bedürfte einer konkreten gesetzlichen Ermächtigung (vergleichbare Regelung zum Straßenverkehrsrecht).
11	Amt Schlieben	MBSJ	Festlegung des Schulträgers über Kapazität und somit die Zügigkeit einer Grundschule	Ablehnung	29.01.2007	siehe lfd. Nr. 7
12	Amt Wustermark	MBSJ	Entscheidung des aufnehmenden Schulträgers über vereinfachten Schulwechsel im Grundschulbereich	Genehmigung	07.02.2007	
13	Stadt Schönewalde	MBSJ	Festlegung des Schulträgers über Kapazität und somit die Zügigkeit einer Grundschule	Ablehnung	12.02.2007	siehe lfd. Nr. 7
14	Gemeinde Dallgow-Döberitz	MBSJ	Entscheidung des abgebenden Schulträgers über vereinfachten Schulwechsel	Genehmigung	15.02.2007	
15	Stadt Prenzlau	MBSJ	Schulträger als stimmberechtigtes Mitglied der Schulkonferenz	Genehmigung	08.03.2007	
16	Stadt Prenzlau	MBSJ	Entscheidung des abgebenden Schulträgers über vereinfachten Schulwechsel	Genehmigung	08.03.2007	
17	Amt Neustadt (Dosse)	MBSJ	Lehrkräfte an Schulen in ein Dienstverhältnis des Schulträgers überführen	Ablehnung	09.03.2007	Die Zuständigkeitsverlagerung über Personalentscheidungen auf den Schulträger ist durch Genehmigung eines Versuches nicht möglich. Es bedürfte einer konkreten gesetzlichen Ermächtigung (vergleichbare Regelung zum Straßenverkehrsrecht).

Übersicht über die bisher gestellten Anträge nach dem Standarderprobungsgesetz

lfd. Nr.	Antragsteller	Zuständigkeit	Antragsgegenstand	Verfahrensstand	Datum des Einganges/Antrages	Begründung zu den nicht genehmigten Anträgen
18	Amt Neustadt (Dosse)	MBJS	Herabsetzung der Klassenfrequenz in der Sek I und II an Gesamtschulen mit gym. Oberschule	Ablehnung	09.03.2007	siehe lfd. Nr. 10
19	Stadt Prenzlau	MBJS	Herabsetzung der Klassenfrequenz in der Sek I und II an Gymnasien	Ablehnung	08.03.2007	siehe lfd. Nr. 10
20	Stadt Prenzlau	MBJS	Rechtsanspruchprüfung auf Kindertagesstättenplatz und Aufstellung Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung	Ablehnung	08.03.2007	Die versuchsweise Zuständigkeitsverlagerung ist nicht möglich. Es bedürfte einer konkreten gesetzlichen Ermächtigung (vergleichbare Regelung zum Straßenverkehrsrecht).
21	Stadt Prenzlau	MBJS	Lehrkräfte an Schulen in ein Dienstverhältnis des Schulträgers überführen	Ablehnung	08.03.2007	siehe lfd. Nr. 17
22	Stadt Prenzlau	MBJS	Festlegung des Schulträgers über Kapazität und somit die Zügigkeit einer Grundschule	Ablehnung	05.03.2007	siehe lfd. Nr. 7
23	Amt Ziesar	MBJS	Schulträger als stimmberechtigtes Mitglied der Schulkonferenz	Genehmigung	12.04.2007	
24	Gemeinde Letschin	MBJS	Schulträger als stimmberechtigtes Mitglied der Schulkonferenz	Genehmigung	11.04.2007	
25	Amt Letschin	MBJS	Lehrkräfte an Schulen in ein Dienstverhältnis des Schulträgers überführen	Antrag wurde zurückgezogen	11.04.2007	
26	Gemeinde Schönwalde-Glien	MBJS	Entscheidung des abgebenden Schulträgers über vereinfachten Schulwechsel	Genehmigung	21.05.2007	
27	Amt Schlieben	MBJS	Herabsetzung der Klassenfrequenz in der Sek I an Oberschulen durch Einsatz moderner Infotechnologie (Telelearning)	Ablehnung	06.06.2007	siehe lfd. Nr. 10
28	Amt Scharmützelsee	MBJS	Herabsetzung der Klassenfrequenz in der Sek I an Oberschulen	Antrag hat sich erledigt	17.07.2007	Die Voraussetzungen für die Einrichtung und Fortführung von zwei Klassen mit insgesamt 30 Schülerinnen und Schülern sind gegeben.
29	Amt Scharmützelsee	MBJS	Entscheidung des Schulträgers über Besuch einer anderen Schule	Antrag wurde zurückgezogen	17.07.2007	
30	Amt Scharmützelsee	MBJS	Schulträger als stimmberechtigtes Mitglied der Schulkonferenz	Antrag wurde zurückgezogen	17.07.2007	
31	Stadt Treuenbrietzen	MBJS	Schulträger als stimmberechtigtes Mitglied der Schulkonferenz	Antrag wurde zurückgezogen	08.08.2007	
32	Landkreis Oder-Spree	MdF	Befreiung von den Regelungen des § 5 der brandenburgischen Leistungsprämien- und Zulagenverordnung	Ablehnung	15.01.2007	Änderungen im Besoldungsrecht sind nur durch Gesetz oder Rechtsverordnung möglich. Die beantragte Befreiung wird jedoch vom Finanzministerium unterstützt. Die Änderung der Leistungsprämien- und Zulagenverordnung wird vorbereitet.
33	Landkreis Spree-Neiße	MdF	Vereinfachung des Nachweisverfahrens im Zuwendungsrecht	Genehmigung	07.02.2007	
34	Stadt Falkensee	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	Genehmigung	12.12.2006	
35	Stadt Zossen	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	landesweite Umsetzung	18.12.2006	

Übersicht über die bisher gestellten Anträge nach dem Standarderprobungsgesetz

lfd. Nr.	Antragsteller	Zuständigkeit	Antragsgegenstand	Verfahrensstand	Datum des Einganges/Antrages	Begründung zu den nicht genehmigten Anträgen
36	Stadt Oranienburg	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	Genehmigung	29.11.2006	
37	Stadt Prenzlau	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	Genehmigung	15.11.2006	
38	Gemeinde Kloster Lehnin	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	Genehmigung	04.12.2006	
39	Amt Schlieben	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	Genehmigung	12.01.2007	
40	Stadt Schlieben	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	Genehmigung	12.01.2007	
41	Gemeinde Fichtwald	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	Genehmigung	12.01.2007	
42	Gemeinde Hohenbucko	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	Genehmigung	12.01.2007	
43	Gemeinde Kemitzau	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	Genehmigung	12.01.2007	
44	Gemeinde Lebusa	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	Genehmigung	12.01.2007	
45	Stadt Werder (Havel)	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	landesweite Umsetzung	19.02.2007	
46	Landkreis Märkisch-Oderland	MI	Änderung § 15 (2) u. (3) Vermessungs- und Liegenschaftsgesetz - Wegfall der katasterrechtlichen Einmessungspflicht	Antrag wurde zurückgezogen	08.03.2007	
47	Stadt Putlitz	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	landesweite Umsetzung	02.03.2007	
48	Gemeinde Triglitz	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	landesweite Umsetzung	02.03.2007	
49	Gemeinde Pirow	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	landesweite Umsetzung	02.03.2007	
50	Gemeinde Gültitz-Reetz	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	landesweite Umsetzung	02.03.2007	
51	Gemeinde Berge	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	landesweite Umsetzung	02.03.2007	
52	Amt Putlitz/Berge	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	landesweite Umsetzung	02.03.2007	
53	Landkreis Märkisch-Oderland	MI	Verfahren zur Wahlordnung zum Landes-personalvertretungsgesetz	Genehmigung	23.02.2007	
54	Wasserverband Schlieben	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	landesweite Umsetzung	14.03.2007	
55	Amt Peitz	MI	Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibung und freihändige Vergabe	landesweite Umsetzung	21.03.2007	
56	Stadt Werder (Havel)	MIR	Genehmigungsfreier Austausch von Werbeanlagen	Ablehnung	31.01.2007	Das mit dem Antrag verfolgte Ziel kann durch Erlass einer Werbeanlagensatzung nach § 81 Abs. 1 der Bauordnung erreicht werden.
57	Stadt Falkensee	MIR	Genehmigungsfreier Austausch von Werbeanlagen	Ablehnung	12.12.2006	siehe lfd. Nr. 56
58	Stadt Potsdam	MIR	Genehmigungsfreier Austausch von Werbeanlagen	Antrag wurde zurückgezogen	07.05.2007	

Übersicht über die bisher gestellten Anträge nach dem Standarderprobungsgesetz

lfd. Nr.	Antragsteller	Zuständigkeit	Antragsgegenstand	Verfahrensstand	Datum des Einganges/Antrages	Begründung zu den nicht genehmigten Anträgen
59	Gemeinde Schorfheide	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Antrag zurückgezogen	12.09.2006	
60	Stadt Zossen	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Genehmigung	18.09.2006	
61	Stadt Falkensee	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Antrag wurde zurückgezogen	12.12.2006	
62	Stadt Werder (Havel)	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Genehmigung	16.08.2006	
63	Amt Schlieben	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Genehmigung	22.12.2006	
64	Stadt Teltow	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Genehmigung	27.02.2007	
65	Amt Peitz	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Antrag wurde zurückgezogen	05.12.2006	
66	Amt Neustadt (Dosse)	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Antrag ruht	26.02.2007	
67	Gemeinde Kloster Lehnin	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Antrag gilt als zurückgezogen	12.03.2007	
68	Stadt Prenzlau	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Genehmigung	21.03.2007	
69	Stadt Bad Liebenwerda	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrsordnung	Genehmigung	11.09.2007	
70	Gemeinde Kleinmachnow	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Genehmigung	12.09.2007	
71	Stadt Guben	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Genehmigung	07.09.2007	
72	Hansestadt Kyritz	MIR	Übertragung von Aufgaben der unteren Straßenverkehrsbehörde	Genehmigung	07.12.2007	
73	Stadt Wittenberge	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Genehmigung	28.02.2008	
74	Stadt Luckau	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht	Genehmigung	04.04.2008	

Übersicht über die bisher gestellten Anträge nach dem Standarderprobungsgesetz

lfd. Nr.	Antragsteller	Zuständigkeit	Antragsgegenstand	Verfahrensstand	Datum des Einganges/Antrages	Begründung zu den nicht genehmigten Anträgen
75	Landkreis Spree- Neiße	MIR	Befreiung von § 38 Abs. 4 Straßengesetz - Die Planfeststellung oder Plangenehmigung kann bei Änderungen oder Erweiterungen von unwesentlicher Bedeutung unterbleiben. Wann dies der Fall ist soll statt der Planfeststellungsbehörde der Landkreis selbst entscheiden können.	Antragsteller erwägt Rücknahme des Antrages, da dieser inhaltlich unter die Novelle Straßengesetz fällt	07.02.2007	
76	Landkreis Spree- Neiße	MIR	Befreiung von § 23 Abs. 2 Straßengesetz - Versorgungsunternehmen sollen Anträge zur Verlegung öffentlicher Leitungen für Ortsdurchfahrten, für die nicht die Gemeinde Träger der Straßenbaulast ist, direkt beim Straßenbaulasträger stellen können, statt - wie bisher - bei der Gemeinde	Antragsteller überprüft seinen Antrag	07.02.2007	
77	Landkreis Spree- Neiße	MIR	Befreiung von § 10 Abs. 3 Straßengesetz Die Erteilung der Genehmigung durch den Landkreis für Kunstbauten, die zu Straßen kreisangehöriger Gemeinden gehören, soll entfallen.	Antragsteller erwägt Rücknahme des Antrages, da dieser inhaltlich unter die Novelle Straßengesetz fällt	07.02.2007	
78	Landkreis Spree- Neiße	MIR	Übertragung von Zuständigkeiten nach Straßenverkehrsrecht (Tarnkennzeichen)	Ablehnung	06.02.2007	Die Einhaltung bundeseinheitlicher Standards ist bei Verlagerung auf die Landkreise und kreisfreien Städte sicherheitstechnisch nicht gewährleistet. Im Übrigen ist die Zuständigkeit für Tarnkennzeichen und Übermittlungssperren nicht im Standarderprobungsgesetz enthalten.
79	Gemeinde Kloster Lehnin	MIR	Vereinheitlichung der Genehmigungsverfahren für Boots- und Badestege. Es soll nur eine Behörde zuständig sein.	Ablehnung	12.12.2006	Nach Bauordnung besteht keine Genehmigungsbedürftigkeit und daher ist auch keine Vereinheitlichung erforderlich.
80	Landkreis Märkisch-Oderland	MIR	Änderung § 71 (6-8) Bauordnung - Die Zuständigkeit für die Anzeige der Fliegenden Bauten, deren Gebrauchsabnahme und ggf. erforderliche Nachabnahmen der unteren Bauaufsichtsbehörde sollte teilweise auf die Ämter und amtsfreien Gemeinden übertragen werden.	Ablehnung	23.02.2007	Die teilweise Zuständigkeitsverlagerung über die Anzeige von fliegenden Bauten von der unteren Bauaufsichtsbehörde auf Ämter und amtsfreie Gemeinden ist durch Genehmigung eines Versuches nicht möglich. Es bedürfte einer konkreten gesetzlichen Ermächtigung (vergleichbare Regelung zum Straßenverkehrsrecht).
81	Landkreis Märkisch-Oderland	MIR	Änderung § 50 (10) Nr. 11 - Aufnahme der Genehmigungsfreiheit von Überdachungen bis 20 qm und Klarstellung, dass Überdachungen allgemein erfasst werden.	Ablehnung	23.02.2007	Mit dem Antrag werden neue Standards eingeführt. Dieses steht nicht im Einklang mit der Ermächtigung in § 2 Abs. 1 Standarderprobungsgesetz.
82	Landkreis Märkisch-Oderland	MIR	Änderung § 55 (2) Nr. 10 Brandenburgische Bauordnung - Die Genehmigungsfreiheit von Wintergärten soll auf 20 m ² Grundfläche und 60 m ³ umbauten Raum erweitert werden.	Ablehnung	23.02.2007	siehe lfd. Nr. 81
83	Landkreis Märkisch-Oderland	MIR	Verzicht auf die Mindesthöhe für Aufenthaltsräume und die Mindestgröße von Belichtungsöffnungen bei bestehenden Gebäuden	Genehmigung	23.02.2007	
84	Landkreis Märkisch-Oderland	MIR	Verzicht auf die Mindestabstände der Wertstoff- und Abfallbehälter zu Öffnungen von Aufenthaltsräumen und zu Grundstücksgrenzen	Genehmigung	23.02.2007	

Übersicht über die bisher gestellten Anträge nach dem Standarderprobungsgesetz

lfd. Nr.	Antragsteller	Zuständigkeit	Antragsgegenstand	Verfahrensstand	Datum des Einganges/Antrages	Begründung zu den nicht genehmigten Anträgen
85	Landkreis Märkisch-Oderland	MIR	Änderung §§ 53 (1), 55 (8) Nr. 1 Bauordnung - Erweiterung der Freistellung von der Baugenehmigungspflicht für Werbeanlage und Übergang der Zuständigkeit an die amtsfreien Ämter und Gemeinden.	Ablehnung	23.02.2007	Die Erweiterung d. Genehmigungsfreistellungen für Werbeanlagen können kreisangehörige Gemeinden durch Erlass von Werbeanlagensatzung nach § 81 Abs. 1 der Bauordnung erreichen.
86	Stadt Oranienburg	MIR	Förderprogramm: Zukunft im Stadtteil-ZIS 2000 - Ausnahme von den Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G)	Antrag ist gegenstandslos	06.02.2007	Mit In-Kraft-Treten der Zweiten Verordnung zur Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung und der Änderung der allg. Verwaltungsvorschriften zur Landshaushaltsordnung ist die beantragte Befreiung nicht mehr erforderlich.
87	Stadt Oranienburg	MIR	Förderrichtlinie 99 zur Stadterneuerung - Ausnahme von den Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G)	Antrag ist gegenstandslos	06.02.2007	siehe lfd. Nr. 86
88	Stadt Brandenburg	MIR	Virtuelles Bauamt - alleinige digitale Signatur d. Objektplaners	in Bearbeitung	09.11.2007	Derzeit wird geprüft, ob ein gesonderter Versuch durch die Antragstellerin neben dem laufenden eGovernment-Projekt der Landesregierung "Elektronisches Baugenehmigungsverfahren / Virtuelles Bauamt" fachlich sinnvoll ist.
89	Stadt Brandenburg	MIR	Virtuelles Bauamt - Abweichung von der Bauvorlagenverordnung	in Bearbeitung	09.11.2007	siehe lfd. Nr. 88
90	Stadt Brandenburg	MIR	Virtuelles Bauamt - Abweichung vom Verwaltungsverfahrensgesetz - elektr. Beteiligung der Landesbehörden	in Bearbeitung	09.11.2007	siehe lfd. Nr. 88
91	Gemeinde Schorfheide	MLUV	Erlass von Ausgleichsmaßnahmen beim Bau von Radwegen (Tourismusförderung)	Antrag wurde zurückgezogen	12.09.2006	
92	Amt Neustadt (Dosse)	MLUV	Abweichung von der Anwendung des § 48 Naturschutzgesetz.	Antrag wurde zurückgezogen	20.09.2006	
93	Stadt Falkensee	MLUV	Befristete Aussetzung der Anwendung des § 2 Waldgesetz (LWaldG)	Ablehnung	12.12.2006	Der Begriff des Waldes ist durch das höherrangiges Bundeswaldgesetz geregelt.
94	Gemeinde Schönwalde-Glien	MLUV	Befristete Aussetzung der Anwendung des § 2 Waldgesetz (LWaldG).	Ablehnung	09.01.2007	siehe lfd. Nr. 93
95	Stadt Falkensee	MLUV	Befristete Aussetzung der Anwendung des § 10 Waldgesetz (LWaldG)	Ablehnung	03.04.2007	Verletzung Rechte Dritter (Waldeigentümer)
96	Gemeinde Schönwalde-Glien	MLUV	Aussetzung der Anwendung des § 10 des Waldgesetzes (LWaldG)	Ablehnung	14.06.2007	siehe lfd. Nr. 95
97	Landkreis Spree-Neiße	MLUV	Übertragung ausgewählter Aufgaben des speziellen Artenschutzes.	landesweite Umsetzung	07.02.2007	
98	Landkreis Spree-Neiße	MLUV	Aufhebung der Richtlinie für die Einsatzmöglichkeiten von Kleinkläranlagen	Ablehnung	23.01.2007	Die Einsatzmöglichkeiten von Kleinkläranlagen wird durch höherrangiges Bundesrecht geregelt.

Übersicht über die bisher gestellten Anträge nach dem Standarderprobungsgesetz

lfd. Nr.	Antragsteller	Zuständigkeit	Antragsgegenstand	Verfahrensstand	Datum des Einganges/Antrages	Begründung zu den nicht genehmigten Anträgen
99	Landkreis Spree-Neiße	MLUV	Aufhebung der Verwaltungsvorschrift des MLUR zur Einleitung gereinigter Abwässer in das Grundwasser	Ablehnung	23.01.2007	Bei Aufhebung der bestehenden Regelungen wäre wegen der gebotenen Einhaltung des Bundesrechts generell eine Einzelfallprüfung mittels Gutachten erforderlich (Folge: Erhöhung Kosten und Aufwand). In besonderen Einzelfällen kann ohnehin von den Vorgaben der VV Grundwasser abgewichen werden.
100	Landkreis Märkisch-Oderland	MLUV	§ 62 (1) S. 3 Naturschutzgesetz - Einschränkung der Beteiligungspflicht von Naturschutzbeiräten auf tatsächlich wichtige Vorgänge	Ablehnung	23.02.2007	Das Recht der Naturschutzbeiräte würde durch die Einschränkung der Beteiligungspflichten verletzt werden.
101	Landkreis Märkisch-Oderland	MLUV	Übertragung ausgewählter Aufgaben des speziellen Artenschutzes	landesweite Umsetzung	23.02.2007	
102	Landkreis Märkisch-Oderland	MLUV	Einschränkung der Beteiligungspflicht von Naturschutzverbänden nach § 63 (3) Nr. 5/6 Naturschutzgesetz auf Ausnahmen nach § 72 (2) Naturschutzgesetz und die in § 60 (2) Nr. 5 Naturschutzgesetz genannten Vorhaben	Ablehnung	23.02.2007	Das Recht der Naturschutzverbände würde durch die Einschränkung der Beteiligungspflichten verletzt werden.
103	Landkreis Märkisch-Oderland	MLUV	Wegfall der Pflicht zur Aufstellung von Landschaftsrahmenplänen bzw. Beschränkung auf die in § 6 Abs. 1 Naturschutzgesetz in Zuständigkeit der obersten Naturschutzbehörde zu beplanenden Nationalparks und Biosphärenreservate.	Ablehnung	23.02.2007	Befreiung von der Verpflichtung, Landschaftsrahmenpläne aufzustellen, würde gegen Bundesrecht verstoßen.
104	Landkreis Märkisch-Oderland	MLUV	Abschaffung der Genehmigungspflicht für Landschaftsrahmenpläne der Landkreise	Genehmigung	23.02.2007	
105	Landkreis Märkisch-Oderland	MLUV	Herausnahme eines besiedelten Gebietes (Innenbereich) aus einem Landschaftsschutzgebiet (LSG)	Ablehnung	23.02.2007	Antragsziel kann durch Antragsteller selbst erreicht werden. Der dafür erforderlichen Zuständigkeitsverlagerung stimmt MLUV zu.
106	Landkreis Märkisch-Oderland	MLUV	Übergang der Zuständigkeit für die Überwachung von Abfallbehandlungsanlagen nach Einstellung des Betriebes (nun: Abfalllager) an den Landkreis mit allen, insb. finanziellen Konsequenzen.	Ablehnung	23.02.2007	Die Zuständigkeitsverlagerung ist durch Genehmigung eines Versuches nicht möglich. Es bedürfte einer konkreten Regelung durch Gesetz (vergleichbare Regelung zum Straßenverkehrsrecht).
107	Landkreis Märkisch-Oderland	MLUV	Aktualisierung der Richtlinie zur Sicherung und zum geordnete Abschluss von Abfallentsorgungsanlagen mit geringem Gefährdungspotential	Antrag wurde zurückgezogen	23.02.2007	
108	Stadt Potsdam	MLUV	Genehmigungspflicht von Abwasseranlagen	Genehmigung	13.04.2007	
109	Amt Schlieben	MLUV	Erweiterung des Anwendungsbereiches der komm. Baumschutzsatzung	in Bearbeitung	07.06.2007	

Übersicht über die bisher gestellten Anträge nach dem Standarderprobungsgesetz

lf. Nr.	Antragsteller	Zuständigkeit	Antragsgegenstand	Verfahrensstand	Datum des Einganges/Antrages	Begründung zu den nicht genehmigten Anträgen
110	Landkreis Spree-Neiße	MWFK	Entscheidung der obersten Denkmalschutzbehörde bei Dissens zwischen unterer Denkmalschutzbehörde und Denkmalfachbehörde nur auf Anforderung durch untere Denkmalschutzbehörde, ansonsten Entscheidung durch die untere Denkmalschutzbehörde selbst.	Ablehnung	07.02.2007	Überschreitung des in § 8 Standarderprobungsgesetzes vorgesehenen rechtlichen Handlungsrahmens.
111	Landkreis Märkisch-Oderland	MWFK	Einschränkung der Beteiligung der Denkmalfachbehörde im denkmal-rechtlichen Erlaubnisverfahren	Antrag wurde zurückgezogen	23.02.2007	